

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation für Gesundheit
am 12.06.2014**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen

A. Problem

Das Gesetz, betreffend das Verbot der Benutzung von Privatschlächtereien und die darauf beruhende Verordnung über den Schlachthofzwang in der Stadt Bremen, regeln das grundsätzliche Verbot des Schlachtens von Vieh außerhalb von Schlachthöfen sowie die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Beide Regelwerke sind, dem Beschluss des Senats und der Bürgerschaft zur Einführung einer grundsätzlichen Befristungspflicht für Gesetze und Verordnungen aus dem Jahr 2004 folgend, im Jahr 2005 befristet worden. Im Jahr 2009 wurden die Befristungen verlängert bis zum 31.12.2014. Mit Ablauf dieses Tages würden das o.g. Gesetz und die o.g. Verordnung außer Kraft treten, wenn die Befristung nicht zuvor verlängert oder aufgehoben wird.

B. Lösung

Der anliegende Verordnungsentwurf trägt dem vorstehend dargestellten Änderungsbedarf Rechnung.

Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen soll erlassen werden, um das Gesetz, betreffend das Verbot der Benutzung von Privatschlächtereien sowie die auf diesem Gesetz beruhende Verordnung über den Schlachthofzwang in der Stadt Bremen zu entfristen. Da sowohl das Gesetz als auch die darauf beruhende Verordnung für das Bestehen und die Aufrechterhaltung des o.g. Verbots dauerhaft benötigt werden, sollen

die Befristungen ersatzlos entfallen. Von einer weiteren Verlängerung der Befristungen soll, dem Anfang des Jahres 2011 geänderten Entschluss des Senats und der Bürgerschaft zur Befristung von Gesetzen und Verordnungen entsprechend, abgesehen werden.

Außerdem sollen seit dem Erlass des Gesetzes, betreffend das Verbot der Benutzung von Privatschlächtereien sowie der Verordnung über den Schlachthofzwang in der Stadt Bremen erforderlich gewordene redaktionelle und inhaltliche Änderungen umgesetzt werden.

Die vorgeschlagene Lösung ist in dem anliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen dargestellt. Hierauf wird Bezug genommen.

C. Alternativen

Das Auslaufenlassen der genannten Regelungen stellt keine Alternative dar, weil diese als Rechtsgrundlage für das Schlachtverbot außerhalb von Schlachthöfen weiterhin benötigt werden.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder geschlechtsbezogenen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Entwurf ist mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen abgestimmt worden.

Der Senator für Justiz und Verfassung hat den Entwurf rechtsförmlich geprüft.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen zu.

Anlagen

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen
- Entwurf einer Begründung